

NZZ am Sonntag

Türkei

Der Präsident führt sein Land auf direktem Weg in die Krise

Den Türken steht ein harter Winter bevor. Mieten, Benzin, Brot und Milch werden rasch teurer. Viele Menschen dürften in den kommenden Monaten Mühe haben, über die Runden zu kommen. Es ist gut möglich, dass die Türkei bald in eine Zahlungskrise schlittert. Das wäre umso tragischer, als die Probleme hausgemacht sind. Namentlich die Inflation von zuletzt fast 20 Prozent ist selbstverschuldet. Präsident Recep Tayyip Erdogan, der auch die türkische Notenbank kontrolliert, glaubt nicht an das Einmaleins der Ökonomie. Er beharrt darauf, dass eine galoppierende Inflation mit Zinssenkungen unter Kontrolle gebracht werden kann. Gerade hat er eine weitere Zinsreduktion durchgesetzt. Jede Investorin und jeder Investor weiss, dass genau das Gegenteil wahr ist: Eine Preisspirale kann nur mit Zinserhöhungen gestoppt werden. Darum ziehen Anleger ihr Geld ab. Auch die Türken selbst flüchten in ausländische Devisen, Gold oder Bitcoin. Die Lira hat dieses Jahr bereits mehr als 30 Prozent ihres Werts eingebüsst. Dieser Währungszersplitterung macht Importe etwa von Öl und Gas noch teurer, die Krise wird sich darum weiter akzentuieren. Erdogan will die Türkei zu alter Grösse führen. Dabei ist er so glaubwürdig wie ein Staatsmann, der Raumfahrt-Ambitionen hegt und gleichzeitig meint, die Welt sei eine Scheibe. *Markus Städeli*

Service public

Nun wird die SRG auch von links in die Pflicht genommen

Die SRG ist nicht zu beneiden: Die SVP will ihr mittels Initiative die Hälfte der Gebührengelder entziehen. Bürgerliche Parlamentarier wollen ihren Spielraum im Netz einschränken. Und der Gewerbeverband fordert, dass KMU von der Gebührenpflicht ausgenommen werden. Knapp vier Jahre nach der Ablehnung der No-Billag-Initiative braut sich erneut ein Sturm über der SRG zusammen. In dieser Situation eilt nun die SP-Fraktion zu Hilfe: In einem neuen Positionspapier spricht sich die Partei für mehr Geld und einen starken Service public aus, denn die SRG sei in der Medienkrise ein «Bollwerk gegen die Desinformation», sie bilde das «Rückgrat der umfassenden Basisinformation». Gleichzeitig formuliert die SP aber auch klare Vorgaben und Erwartungen: Die SRG solle zur Nachrichtenagentur werden, schreibt sie, zur Dienstleisterin für die privaten Medien. Sie müsse für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter sorgen und wirksame Massnahmen gegen Mobbing und Belästigung umsetzen. Das neue Papier zeigt, dass sich etwas verändert hat seit der letzten Abstimmung: Die SRG ist nicht mehr nur von rechts unter Druck - auch die linke Seite knüpft ihre Unterstützung an Bedingungen. *Andrea Kučera*

Tennisverband

Mehr Haltung als viele Politiker

Der Westen hat sich angewöhnt, Menschenrechtsverbrechen in China keinesfalls allzu offen anzusprechen. Zu gross ist die Angst, dass die Grossmacht auf Kritik mit Repressionen reagiert. Ein Sportfunktionär zeigt, dass es auch anders geht. Steve Simon, Chef der Women's Tennis Association, verlangt zuverlässige Informationen über den Verbleib der Spielerin Peng Shuai, die verschwunden ist, seit sie einem Politiker sexuelle Gewalt vorgeworfen hat. Taucht sie nicht auf, so Simon, sollen keine Turniere mehr in China stattfinden. 2022 sind dort zehn Frauenanlässe geplant, der Werbemarkt ist riesig, Simon riskiert also viel. Doch er hat recht, wenn er sagt: «Zu oft lassen wir Geld diktieren, was richtig ist und was falsch.» *Sebastian Bräuer*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Wie macht man liberale Politik in den Städten?

Gegen den rot-grünen Etatismus im urbanen Milieu scheint kein Kraut gewachsen. Falsch. Gerade in Städten funktioniert der ganzheitliche Liberalismus erstaunlich gut, **schreibt Stefan Mühlemann**

Die NZZ hat den Urnengang vom 26. September als einen Meilenstein für grünliberale Politik bezeichnet: Die von der Berner GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy lancierte «Ehe für alle» wurde mit über 64 Prozent der Stimmen und von allen Ständen angenommen. In der Stadt Zürich verwarf am selben Sonntag der Souverän die «Volksinitiative zum Schutz der Besonnung des öffentlichen Grünraums am Seeufer». Die GLP hatte diese vermeintlich ökologische Initiative ebenfalls bekämpft, weil sie zu dogmatisch war. Wie funktioniert liberale Politik? Das Adjektiv «liberal» wird heute inflationär verwendet. Die klassische Freiheitsdefinition von John Stuart Mill aus seinem Werk «On Liberty» leistet da Einordnung: «Die einzige Freiheit, die diesen Namen verdient, besteht darin, unser eigenes Wohl auf unsere eigene Art zu suchen, solange wir dabei nicht die Absicht hegen, andere ihrer Freiheit zu berauben.»

Ein konkretes Beispiel für Mills Freiheitsdefinition ist etwa die Tatsache, dass wir nicht auf Kosten der Umwelt wirtschaften können. Die GLP versteht das Adjektiv «liberal» als ökologische, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch abgesicherte, solidarische Verantwortung. Entgegen der landläufigen Meinung funktioniert dieser ganzheitliche Liberalismus gerade in den Städten.

Der ökologische Umbau ist die grösste Herausforderung unserer Zeit. Ein Drittel des schweizerischen CO₂-Ausstosses verursacht der Individualverkehr. Das bedingt eine zeitgemässe Steuerung der Verkehrsströme mithilfe moderner Konzepte. In einer smarten Stadt werden verschiedene Verkehrsmittel kombiniert, das Umsteigen erleichtert und alternative Routen geschaffen. Die Grünliberalen fordern einen gut ausgebauten öV, Velo-Schnellrouten und ein verursachergerechtes und staatsquotenneutrales Mobility-Pricing. Kostenwahrheit bei der Mobilität führt zu den richtigen Anreizen im Verhalten und ist gleichzeitig ein Katalysator für Clean

Tech. Das ist nutzenorientiert, aber auch sozialverträglich und ökologisch. Hingegen ist das Jammern über ein paar verlorene Parkplätze nicht per se liberal.

In vielen Ländern ist es die Wirtschaft, die bei der ökologischen Transformation den Takt vorgibt. Trotzdem geht gerade in den Städten oft vergessen, dass eine prosperierende Wirtschaft in unser aller Interesse ist. Dazu braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Nachhaltigkeit bedeutet eben auch, einen umsichtigen Umgang mit finanziellen Ressourcen zu pflegen, also eine effiziente Verwaltung und eine solide Haushaltspolitik zu fördern. So ist vieles möglich: ein Ausbau der Kinderbetreuung, die Förderung der Tagesschule und Investitionen, die zur Erreichung der Klimaneutralität nötig sind. Was es nicht braucht: dass die Stadt das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger konkurrenziert, indem sie immer neue Aufgaben für die Verwaltung erfindet. Die Zürcher Quartierver-

eine können ein Lied davon singen. Obschon diese dank Freiwilligenarbeit funktionierenden Vereine seit Jahrzehnten eine grosse Akzeptanz genossen, will die Stadt Zürich künftig die Quartiere zusätzlich mit eigenen Mikro-Büros beglücken.

Grünliberale Gesellschaftspolitik steht für Chancengleichheit und Toleranz. Diese Weichen werden, wie bei der endlich erreichten «Ehe für alle» oder dem Vaterschaftsurlaub, auf nationaler Ebene gestellt. In der Stadt sind wir derweil gut beraten, die oft vehement eingeforderte Toleranz selber zu leben. Der offene Austausch von Meinungen und Ideen darf nicht verunmöglicht werden. Die Durchführung eines «Marsch fürs Läbe» muss wie jede andere Demonstration in Zürich möglich sein. Es geht nicht an, dass die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit ausschliesslich für genehme Meinungen und Positionen gilt. Anstatt den Namen «Mohrenkopf» nach Jahrhunderten von einem Zürcher Altstadtthaus zu tilgen, könnte der Stadtrat diese Bezeichnung historisch einbetten. Die Messlatte für die Kontextualisierung darf dabei getrost etwas höher liegen als bei der Kunstsammlung des Kanonenkönigs Emil Bührle im grossartigen Erweiterungsbau des Kunsthauses Zürich.

Ein solcher konsequenter, auf allen politischen Ebenen verfochtener liberaler Kurs erfordert Elan und Ausdauer. Umso schöner, dass er auch zusehends von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern honoriert wird. Bei den Aargauer und den Berner Kommunalwahlen am selben 26. September hat der Souverän der Grünliberalen Partei in mehreren Gemeinden und Städten zu einem deutlichen Zuwachs an Parlamentssitzen und Exekutivmandaten verholfen. Die jüngsten Urnengänge in der Schweiz bestätigen damit: Es zahlt sich aus, sich weder links noch rechts anzubiedern und auch auf Gemeindeebene einen ganzheitlich liberalen Kurs zu fahren. Intelligente Kompromisse aushandeln erfordert mehr Kreativität als extreme Forderungen stellen.

Stefan Mühlemann



Stefan Mühlemann, 48, ist Vizepräsident, Wahlkampfleiter und Gemeinderatskandidat der GLP Stadt Zürich. Politisch aktiv wurde er als Parteilooser. Mit der Volksinitiative «7 statt 9 Stadträte» wollte Mühlemann in der Stadt Zürich eine Verwaltungsreform anstossen. Er arbeitet als Geschäftsführer bei einer Bildungsinstitution.